

Calmer Calmbach

Nr. 182.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Kleinspaltige Seite 20 Hfg., Bestanden 60 Hfg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag den 8. August 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 3.30 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsbezirk RM. 3.50, im Fernbezirk RM. 3.60, Bestellschein 50 Pf.

Deutschland.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 7. Aug. Präsident Fechenbach eröffnet die Sitzung um 4.20 Minuten. Die Anfrage der Frau Abg. Dransfeld und Gen. (Z.) betr. Entlassung der Frauen bei der wirtschaftlichen Demobilisierung wird von der Regierung später beantwortet werden. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919. Der grundlegende § 1, demzufolge die Einzelpersonen für 1919 eine außerordentliche Kriegsabgabe von ihrem Mehreinkommen zu entrichten haben, wird ohne Erörterung angenommen; ebenso die §§ 2 bis 12. § 13 setzt die Steuergrenze fest. Diese beginnt mit 5 Prozent für die ersten 10 000 M. des abgabepflichtigen Mehreinkommens und steigt stufenförmig bis 70 Proz. für das 100 000 M. übersteigende Mehreinkommen. Von soz. dem. Seite liegt ein Antrag vor auf Erweiterung und Erhöhung der Sätze. Dieselben sollen bei einem Mehreinkommen von 5000 M. mit 5 Prozent beginnen und bis zu 80 Prozent steigen. Die Steuer soll die Kriegsgewinnler, in erster Linie die Schieber treffen. — Weder (D.W.) wendet sich hiergegen, da die Steuerförmigkeit in der von dem Ausschuss beschlossenen Höhe schon eine Minderzueziehung bis an die Grenzen des Möglichen bedeuten. — Der Antrag wird abgelehnt und die §§ 13 und 14 in der Ausschussfassung angenommen. § 15 bis 27 betr. die Abgabepflicht der Gesellschaften. Bei § 24, der die Abgabepflicht für inländische Gesellschaften auf 80 Proz. des Mehreinkommens festsetzt, wird ein Antrag der Unabhängigen, bei der Erfassung der Kriegsabgaben von Gesellschaften die von ihnen erlegte Kirchensteuer nicht mit in Rechnung zu stellen, angenommen. § 26 der die Abgabe für ausländische Gesellschaften in gleicher Höhe ansetzt, wird unverändert gelassen. § 28 bis 35 enthalten gemeinsame Vorschriften. Nach § 33 kann die Abgabe durch Eingabe von Schuldschreibungen, Schuldbücherforderungen, Schwankeweisungen und Kriegsanleihen an Zahlungsstatt erfolgen. Auf Antrag Herrmann (Württemberg (D.)) wird in § 33 ein Absatz eingefügt, der den Genossenschaften die Abtragung der Kriegsanleihe erleichtern soll. Der Antragsteller führt aus, daß von den Genossenschaften 7,2 Milliarden Mark Kriegsanleihen zum Teil auf behördlichen Druck gezeichnet seien, oft über das Maß des Erträglichsten hinaus. — Minister Erzberger erklärt sich mit dem Antrage einverstanden und bereit, alles zu tun, um den Genossenschaften bei der Abtragung der Kriegsanleihe zu Hilfe zu kommen. — Die Schlussvorschriften des Entwurfes gelangen zur Annahme. Damit ist die zweite Lesung der Vorlage erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Nießer (D.W.): Keine Partei und keine Fraktion wird sich der Pflicht entziehen, dem Reich in seiner schweren Notlage das Notwendige zu geben. Lediglich darüber geht der Streit, wie weit man die Grenze der Besteuerung mit Rücksicht auf die Fortdauer und Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft erheben soll. § 6 bestimmt, welcher Betrag von dem zu besteuern den Vermögenszuwachs abgezogen werden darf. Darunter befindet sich der Betrag einer Kapitalabfindung, die als Entschädigung für eine durch körperliche Verletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit an den Abgabepflichtigen gezahlt worden oder zu zahlen ist. Eine andere Bestimmung nennt unter diesen Beträgen auch die auf das Einkommen entfallende Staats-, Gemeinde- oder Kirchensteuern. Ein Antrag Gothein (D.) steht als Ergänzung der ersten Bestimmung auch den Abzug solcher Summen vor, die im Todesfalle des Abgabepflichtigen an dessen Familie fallen. Ein Antrag Wurm (Unabh.) will die Bestimmung Kirchensteuer streichen. Finanzminister Erzberger: Die Abzugsmöglichkeit bedeutet kein Vorrecht der Kirche, sondern eine solche des Steuerzahlers. Der Antrag Wurm wird abgelehnt und § 6 mit dem Zusatzantrag Gothein angenommen. — Zu § 24, wonach die Abgabe gestundet werden kann, falls ihre Einziehung mit einer besonderen Schärfe für den Abgabepflichtigen verbunden sein sollte, wird ein Antrag Gröber (Z.) und Gen. angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Ablehnung der Stundung der Entscheidung des Reichsfinanzhofs anrufen kann. — § 32, wonach zur Vermeidung besonderer Härten Befreiung oder anderweitige Berechnung des Vermögenszuwachses bewilligt werden kann, wird angenommen, nachdem Reichsmin. Erzberger erklärt hat, daß dieser § eine Begünstigung derjenigen Steuerzahler bezwecke, die im ersten Halbjahr ihres Geschäftsjahres ihre Aufwände oder Ausgaben eingubziehen pflegen, wie Ärzte, Rechtsanwältinnen usw. Der Rest der Vorlage wird ohne Erörterung angenommen.

Reichseinkommensteuer-Kompromiß.

Weimar, 7. Aug. Der Staatenausschuß hat nach einer längeren und ziemlich heftigen Aussprache die Reichsabgaberechnung mit dem Kompromiß angenommen, wonach den Einzelstaaten ein Steueraufkommen von mindestens der gleichen Höhe wie ihre durchschnittlichen Einkünfte in den Jahren 1917—1919 betragen,

oder in der Höhe ihres Steueraufkommens von 1919 plus 6 Proz. zusteht. Damit hat Erzberger einen ganz gewaltigen Erfolg davongetragen, der sich in seiner Wirkung erst in der nächsten Zeit offenbaren wird. Es ist ihm gelungen, alle Bedenken der einzelstaatlichen Minister niederzulegen und wenigstens auf dem Gebiete des Finanzwesens zu einer Zentralisierung zu kommen, die für die künftige politische Entwicklung Deutschlands von außerordentlicher Tragweite ist. Bis zum letzten Augenblick hat man nicht geglaubt, daß es ihm, dem Vielgewandten, gelingen würde, den Einzelstaaten die Zustimmung abzurufen. Mit Witten und Drohungen hat er es zustande gebracht und mit dem Nachweis, daß die Vermögenslage des Reiches eine andere Möglichkeit, als die der direkten Erhebung der Steuern nicht mehr gestatte. Die Drohung, die er aussprach, war, den Staatenausschuß zu übergeben und mit seinem Gesetzesvorschlag direkt an die Nationalversammlung zu gehen. Das scheint gewirkt zu haben. Jedenfalls haben die Gegner der Erzbergerischen Steuerreform eine völlige Niederlage erlitten. Baden und Sachsen waren die schärfsten Verwerfer der Zentralisierung, das sozialistische Sachsen besonders deswegen, weil es sich begrifflich gegen die steuerliche Bevormundung durch das nicht rein sozialistische Reichsministerium nach Kräften sträubte. Der sächsische Ministerpräsident war denn auch persönlich noch einmal nach Weimar gekommen, um das Letzte zu versuchen. Es hat ihm nicht viel genützt; die Vorlage ist vom Staatenausschuß verabschiedet. Es hat ihm nicht viel genützt; die Vorlage ist vom Staatenausschuß verabschiedet. Es ist der letzte Gesetzesentwurf, dem der Staatenausschuß seine Zustimmung gibt, da ja der Reichsrat, wie bekannt, aus neu zu wählenden Mitgliedern sich zusammensetzen wird. Die politische Entwicklung in Deutschland wird sich, wenn auch im Zick-Zack, dem Einheitsstaat immer mehr nähern. Jedenfalls ist das augenblicklich durchgeführte Steuerprogramm ein erster Schritt auf diesem Wege.

Eine neue Erklärung Michaels.

Ueber den englischen Friedensführer veröffentlicht die „Post“ eine ihm vom früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nach Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Heeresleitung und dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesen gegebene Darstellung, aus der hervorgeht, daß Michaelis nicht nur mit dem Kaiser, sondern auch mit Kühlmann den Fall genau besprochen hat. Ueber den Hauptpunkt, die belgische Frage, bringt die Erklärung keine volle Aufklärung. Insbesondere geht nicht klar hervor, ob die neutrale Mittelsperson überhaupt über Belgien mit den Engländern gesprochen, oder ihnen nur die deutschen Bedingungen genannt hat. Eben die Stellung dieser Vorbedingungen war der grundlegende Fehler der deutschen Regierung, wenn sie überhaupt die ernstliche Absicht hatte, den vollen Verzicht auf Belgien als Preis für die Aufnahme von Verhandlungen zu gewähren. Daß durch die der Erklärung über Belgien ausweichenden oder sie überflüssigerweise abschwächenden Vorbedingungen die Aufnahme von Verhandlungen vereitelt wurde, hat Michaelis keinesfalls entkräftet.

Offizielle Anstufung.

Weimar, 7. August. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Der englische Friedensführer vom August 1917, den noch vor wenigen Tagen der frühere Reichskanzler Michaelis in einem offenen Brief an die Presse ausdrücklich als „Friedensführer“ bezeichnet hat, wird auf Grund einer kurzen Reutermeldung von der deutschen rechtsstehenden Presse nunmehr einfach wegzulugnen versucht. Alle diese Versuche werden scheitern. Der englische Friedensführer ist eine historische Tatsache. Er beginnt mit einer mit ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs durch Vermittlung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichten Anfrage Englands nach den deutschen Kriegszielen, insbesondere nach einer einwandfreien Erklärung über Belgien. So wie diese Erklärung befriedigt, so heißt es wörtlich in dem Schreiben des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler Michaelis vom 30. August 1917, so meint Seine Eminenz der Kardinalstaatssekretär, daß ein bedeutender Schritt zur weiteren Entwicklung der Verhandlungen gemacht wurde, und der Nuntius fügt seinerseits hinzu, daß durch eine persönliche Antwort der gute Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtert wird. — Kein Parteimänner wird instande sein, von dem Vorkauf dieses zum ausgesprochenen Zweck der Friedensvermittlung geschriebenen und überreichten amtlichen Schriftstückes einer neutralen Macht hinweg zu täuschen und keine Propagandemittel wird die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß die deutsche Regierung unter Einfluß der Obersten Heeresleitung und der hinter ihr stehenden alldeutschen Kreise eine Erklärung über Belgien nicht abgegeben und dadurch eine Friedensmöglichkeit verschert hat.

Neuregelung der Heeresverwaltung.

* Berlin, 6. Aug. Durch die Verfassung ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen. Verwaltungsbefugnis und Kommandogewalt stehen den Gliedstaaten nicht mehr zu. Bis zum 1. Oktober wird aus dem Ministerium der Kriegsausschüsse und sonstigen geeigneten Kriegsbeförden das Reichs-

ministerium gebildet, und die Einzelministerien in Reichswehrbefehlsstellen umgewandelt. An die Spitze der preussischen Reichswehrbefehlsstelle tritt bis auf weiteres der bisherige preussische Kriegsminister Oberst Reinhardt, der bayerischen Generalleutnant Burkhardt, der sächsischen Generalmajor v. Odershausen, der württembergischen Oberstleutnant Wirth.

Der Reklamierter.

* Berlin, 6. Aug. Die „Post“ veröffentlicht die Zurückstellungsakten Erzbergers aus dem Jahre 1917. Es geht daraus hervor, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann im Januar die Zurückstellung Erzbergers mit Rücksicht auf seine Propagandatätigkeit dringend befürwortete. Die Zurückstellung wurde dann regelmäßig verlängert. Im Oktober macht das Generalkommando des 13. W. A. K. das stellv. G.-K. des 3. A. K. in Berlin darauf aufmerksam, daß die Nichteingziehung des erst 44-jährigen, anscheinend gesunden und rüstigen Mannes in der engeren Heimat Erzbergers Mißstimmung und Ärger hervorgerufen habe. Der kommand. General des 3. A. K. bemerkte auch seinerseits, es sei im militärischen Interesse bedauerlich, daß dieser L.v. befundene Landsturmmann bisher nicht habe zur Einstellung gelangen können. Von selten des preussischen Kriegsministeriums wurde bemerkt, daß Erzberger, auch wenn er eingestellt wäre, doch dauernd Reichstagsurlaub hätte. Schließlich würde die Zurückstellung mit Rücksicht auf die ständigen Reklamationen des Auswärtigen Amtes usw. doch wieder verlängert werden, obwohl auch das Oberkommando in den Karten eingutreiben versuchte.

Graf Wedel über Verständigungsmöglichkeiten.

Hamburg, 7. Aug. In den „Hamburger Nachrichten“ erörtert der ehemalige deutsche Volschaster in Wien, Graf Wedel, die Frage, ob ein Verständigungsfriede möglich war an der Hand der Sixtus'schen Mission, deren Verlauf er als feststehende Tatsache, an deren Bestehen nicht zu zweifeln ist, bezeichnet. Er erklärt darüber: „Es ist anzunehmen, daß nur an einen Sonderfrieden mit Oesterreich, aber nicht an einen allgemeinen Frieden, gedacht worden war. Prüft man die Sixtusmission und ihre Verhandlung bei der Entente, so stellt sich heraus, daß Frankreich ein überaus günstiges Angebot, die Herausgabe Elsass-Lothringens, erhielt, auf das es geradezu hätte springen müssen, wenn überhaupt die geringste Neigung zu einer Verständigung vorhanden gewesen wäre. Frankreich aber lehnte das Angebot mit eines hochfahrenden Geistes rundweg ab.“

Zur näheren Lage.

Die Ereignisse in Ungarn.

Wien, 7. Aug. (Ang. Korr.-Bur.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung der Regierung der ungarischen Volksrepublik betr. das Wahlrecht zur Nationalversammlung, sowie zu den Munizipal- und Gemeindevertretungen. Wahlberechtigt ist jede männliche Person, die das 21. Lebensjahr vollendet hat und zum mindesten seit 6 Jahren ungarischer Staatsbürger ist und in irgend einer vaterländischen Sprache des Lebens und Schreibens kundig ist. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt gemeindefeierlich in unmittelbarer geheimer Abstimmung. Das Munizipal- und Gemeindevahlrecht ist auch an eine halb-jährige Ortsansässigkeit geknüpft. Eine weitere Verordnung betrifft die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Diese Wahl erfolgt auf Grund des Verhältniswahlsystems.

Erzherzog Josef.

Wien, 7. Aug. Erzherzog Josef, dem die oberste Staatsgewalt von den Ententemissionen übertragen worden ist, ist ein in Ungarn sehr volkstümliche Figur. Nach der Oktoberrevolution legte er seinen erzherzoglichen Titel ab, nannte sich einfach Josef Habsburg und leistete der ungarischen Volksrepublik den Treueid. Als die Räteregierung ausbrach, wurde er durch die Räterepublik aus Pest ausgewiesen und auf seinem Gut in Abseht interniert, wo er sich während der ganzen Zeit der Herrschaft Bela Kun befand. Die Räterepublik wollte ihn später verhaften, doch wurde sie daran durch die Wiener Ententemission gehindert. Erzherzog Josef hat sich politisch nur einmal betätigt, als König Karl in den letzten Oktoberlagen die Lösung der schwersten politischen Krisis ihm anvertrauen wollte. Er war damals mit Erfolg bemüht, das von dem Kommandanten von Pest, General Ruzsitsch geplante Mordvergehen zu verhindern.

Dotationen in England.

Amsterdam, 7. Aug. Die englische Regierung hat im Unterhause einen Antrag eingebracht, den verschiedenen englischen Anführern im Kriege Titel zu verleihen und Geldsummen zu schenken. Das Unterhaus hat Anträge angenommen, in denen allen britischen und Dominionstruppen für ihre Kriegsdienste

im Besonderen dem General Simms für seine dem dritten Volk geschickten Dienste der Dank ausgesprochen wird. Außerdem hat das Unterhaus der Bewilligung von Geldgeschenken an Befehlshaber zu Lande und zu Wasser im Gesamtbetrag von 585 000 Pfund Sterling, darunter je 10 000 Pfund St. für Haigh und Beatty zugestimmt. Die Arbeiterpartei hatte beantragt, die Summe auf 200 000 Pfund St. herabzusetzen. Dieser Antrag wurde mit 288 gegen 66 Stimmen abgelehnt und der Regierungsentwurf mit 274 gegen 64 Stimmen angenommen.

Vermischtes.

Zuckeranbau in Schweden.

Leipzig, 7. Aug. Nach einer Mitteilung des sächsischen Wirtschaftsministeriums hat laut „N. Berl. Ztg.“ die Reichszuckerstelle Verhandlungen über den Anbau von Zucker in Schweden angeknüpft. Es soll versucht werden, im ganzen etwa 600 000 Doppelzentner Auslandszucker in Deutschland einzuführen, der in erster Linie für eine Zuweisung als Einmachzucker an die Bevölkerung bestimmt ist.

Die Landtagsabgeordneten in der Hofbibliothek.

Dieser Tage beschäftigten etwa 40 Mitglieder der verschiedenen Fraktionen des Landtags die frühere Hofbibliothek. Auch Kultminister Heymann und sein Referent, Regierungsrat Frey, beteiligten sich an der Besichtigung. Hofbibliothekar Professor Dr. v. Stodmayer gab einen einleitenden Vortrag über die Entstehung und den Ausbau der Hofbibliothek, wobei er interessante Reminiscenzen über den Bau der Akademie, in dem die Hofbibliothek untergebracht ist, einfließt. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen über die von ihm veranlaßte und durchgeführte Kriegssammlung, die zu den hervorragendsten und größten von ganz Deutschland gehört. Kultminister Heymann gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Hofbibliothek als Ganzes in irgend einer Form zu erhalten.

Wochenbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats.

Während die Fesseln, die den internationalen Warenaustausch bisher behinderten, allmählich fallen — fast jeder Tag der letzten Woche brachte Meldungen über Aufhebung von Handelsverboten und über gewisse Verkehrserschwerungen — bleibt der Getreidehandel überall mehr oder minder empfindlichen Beschränkungen unterworfen, so daß an eine Wiederkehr normaler Verhältnisse auf dem Weizenweltmarkt noch lange nicht zu denken ist. In Amerika steht der Weizenmarkt bekanntlich unter der Kontrolle des Weizendirektors Barmes, der darauf bedacht ist, daß die Staatskasse durch die den Farmern gewährte Preisgarantie keinen Verlust erleide. Da andererseits auch die Regierungen der Bedarfsländer die Einfuhr zu kontrollieren beabsichtigen, so wird das Weizengeschäft zunächst weiter in den Händen von staatlichen Organen oder Beauftragten bleiben. In Frankreich hat man die staatliche Bewirtschaftung für Weizen beibehalten und den Uebernahmepreis mit 73 Franken für 100 Kilo festgesetzt, während die übrigen Getreidearten seit 1. Juli d. J. nicht mehr der Beschlagnahme unterliegen und frei verkauft werden können. Auch in Italien hält man vorläufig — wenn auch in gemildeter Form — an der Zwangswirtschaft fest. Wie aus Mailand gemeldet wird, hat sich unter Beteiligung der Getreidegesellschaften und Mühlenbesitzer und unter staatlicher Aufsicht ein Konsortium gebildet, dem die Einfuhr, Verladung, das Ausmahlen, die Herstellung von Teigwaren und die Reichsverarbeitung übertragen wurde. Bemerkenswert ist, daß man in England entgegen früheren Absichten die Beibehaltung des Lebensmittelministeriums beschlossen hat. Soweit Nachrichten über die Ernte in den Ententestaaten vorliegen, scheint man durchweg mit unbefriedigenden Erträgen zu rechnen. Auch aus Kanada wird eine Verschlechterung der Ernteaussichten infolge großer Trockenheit berichtet, ein Umstand, der in England umso mehr Besorgnis erweckt, als man diesmal mit einer scharfen Konkurrenz der übrigen Weizengebiete rechnet. In Oesterreich wird die Ernte durch unbeständiges Wetter verzögert, indes erwartet man einen mittleren Ertrag, während die Kartoffeln ein quantitativ und qualitativ befriedigendes Ergebnis versprechen. Inwieweit Oesterreich auf Zuschüsse aus den Nachbarstaaten rechnen kann, läßt sich noch nicht übersehen und man ist daher anhaltend bestrebt, überseeisches Getreide, u. a. auch nordamerikanisches Roggen heranzuziehen. Sehr ungünstige Nachrichten kommen aus Rumänien, wo große Flächen nicht bepflanzt werden konnten, da es an Saatgut, Zugvieh und Arbeitskräften fehlte. Die Ernte dürfte danach kaum den eigenen Bedarf Rumaniens decken.

Geflügelhöchstpreise.

Die Bayerische Fleischversorgungsstelle geht jetzt gegen die unerschämte hohe Geflügelpreise vor. Da die kaufkräftigen Verbraucher zurzeit in der Nachfrage nach Geflügel sehr zurückhalten, machen es die Geflügelhändler mit dem Angebot ebenso. Denn sie hoffen, daß im Herbst wieder Wucherpreise verlangt werden können. Doch macht die bayerische Fleischversorgungsstelle jetzt bekannt, daß sie die Höchstpreise für Geflügel unter keinen Umständen erhöhen wird und daß sie, wenn im Herbst zu den Höchstpreisen keine Gänse geliefert werden, mit der Beschlagnahme zugunsten der großen Städte vorgehen wird. Daher ist es sinnlos, schlachtreifes Geflügel zurückzuhalten. Auch die Händler und Verkäufer tun gut, wenn sie bei der Nachfrage nach Geflügel nur solches zu den Höchstpreisen kaufen, da sonst die Händler Gefahr laufen, die zu teuer gekauften Waren in den Städten nicht mehr an den Mann zu bringen.

Aus Stadt und Land.

Vom Rathaus.

In der gestern unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner stattgefundenen Gemeinderatsitzung stand als Hauptpunkt zur Beratung die Neuorganisation der Gehälter und Teuerungszulagen der städt. Beamten, Unterbeamten und Angestellten. Der Vorsitzende machte hierzu folgende Erläuterungen: An die Neuorganisation sei mit Vorsicht heranzutreten, da die öffentliche

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 5. August 1919 die Wahl des Schriftsetzers Johannes Graze in Müllingen zum Ortsvorsteher der Gemeinde Müllingen bestätigt.

Oberamt:
C S.

Calw, den 7. Aug. 1919.

Kritik an der Vorlage einsehen werde. Eine Gewährung von Teuerungszulagen lasse sich aber nicht mehr umgehen, da der Staat mit einer Erhöhung der Bezüge für die Staatsbeamten vorangegangen sei. Die Notwendigkeit der Zulagen sei allerseits erwiesen; bei der Festsetzung der neuen Gehälter seien natürlich sowohl die Interessen der Stadt als auch die der Beamten zu berücksichtigen gewesen. Im allgemeinen sei die Regulierung nach den staatlichen Grundzügen erfolgt. Eine Kommission, bestehend aus den Gemeinderäten Staudenmayer, Baeschle, Stüber, Sörr, Frommer und Scholl habe in zwei Sitzungen die Neuorganisation beraten und sei dabei zu folgenden einstimmigen Beschlüssen gekommen: 1. Entsprechend dem Beschluß des Gemeinderats vom 3. Juli 1919 werden den städt. Funktionären unter Wegfall der bisherigen Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. April 1919 ab die gleichen Zulagen verwilligt, wie sie der Staat seinen Beamten mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab gewährt hat, so weit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist. — 2. Gleichzeitig sollen Unebenheiten ausgeglichen werden, die sich im Laufe der Jahre eingeschlichen haben, so daß künftig die Gehälter der verschiedenen Angestellten in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen. — 3. Es sind hiernach als jährliche Gehaltszulagen in Rechnung zu nehmen für die Angestellten der (städt.) Gehaltsklasse I: 2700.— M., der Klassen II und IV: 2900.— M. und der Klasse III: 2800 M. Wie beim Staat werden diese Zulagen für unverheiratete Beamte unter 32 Jahren um 300 Mark gekürzt. — 4. Von dieser Gehaltszulage sollen, soweit nicht ein Ausgleich zwischen den Angestellten notwendig ist, 60 Prozent als pensionsberechtigter Gehaltsanteil bezeichnet und bei Festsetzung der neuen Gehaltsrahmen berücksichtigt werden, während die restlichen 40 Prozent als nicht pensionsberechtigter Teuerungszulagen in Aussicht genommen sind. Bei der Stadt nicht voll beschäftigte Angestellte erhalten entsprechende Teile der pensionsberechtigten und nicht pensionsberechtigten Zulagen. — 5. Auf Grund dieser Ausweisung wurden von der Kommission folgende (pensionsberechtigter) Gehaltsrahmen neu festgesetzt:

- Klasse I: Anfangsgehalt 4600 M., steigend alle 2 Jahre um 200 M. bis zum Höchstgehalt von 6200 M.;
- Klasse II: Anfangsgehalt 3450 M., steigend alle 2 Jahre um 150 M. bis zum Höchstgehalt von 4650 M.;
- Klasse III: Anfangsgehalt 3200 M., steigend alljährlich um 100 M. bis zum Höchstgehalt von 4200 M.;
- Klasse IV a: Anfangsgehalt: 2400 M., Höchstgehalt: 3200 M.;
- Klasse IV b: Anfangsgehalt: 2300 M., Höchstgehalt: 3100 M.;
- Klasse IV c: Anfangsgehalt: 2200 M., Höchstgehalt: 3000 M.;

Der Endgehalt würde hiernach in Klasse I, II und IV in 16 Jahren, in Klasse III, welche mehr Uebergangsstellen enthält, in 10 Jahren erreicht. — 6. Alle pensionsberechtigten angestellten städtischen Funktionäre fallen unter diese Ordnung und werden wie folgt eingewiesen: Klasse I: der Stadtpfleger und der Stadtbaumeister; Klasse II: der Maschinenmeister des städt. Elektrizitätswerks und der Gasmeister; Klasse III: der Stadtschultheißenamtssekretär und der Stadtpflegerbuchhalter; Klasse IV a: der Fleischbeschauer, Klasse IV b: der 1. Botarbeiter, Klasse IV c: Ratsherr, Stadtpfleger, Schulente, Feldschütz und der 2. Botarbeiter. — 7. Sämtliche städt. Beamten und sonstigen pensionsberechtigten Angestellten haben sich unter schriftlich zu verpflichten, sich eine Abkürzung auch ihrer pensionsberechtigten Bezüge gefallen zu lassen, wenn dies nach dem Ermessen des Gemeinderats notwendig werden wird. — 8. Neben dem Gehalt in Ziff. 5 wird bis zum Wiedereintritt besserer Lebensverhältnisse eine widerrufliche Teuerungszulage in Höhe von 40 Prozent der Gehaltszulage (oben Ziff. 3 und 4) gewährt, welche aber je nachdem ein Ausgleich zur Herstellung eines richtigen Verhältnisses mit den pensionsberechtigten Gehältern anderer Beamten erforderlich war, größer oder geringer ist und sich zwischen 1100 und 1800 M. bewegt. — 9. Als widerrufliche Kinderzulagen werden statt des staatlichen Betrags von 360 M. für jedes Kind folgende Sätze gewährt: Für das 1. Kind: 360 M., für das 2. Kind 300 M., und für jedes weitere Kind: 240 M.; im übrigen unter Anwendung der staatlichen Grundzüge. — 10. Als Wohnungszulage (ebenfalls widerruflich) werden regelmäßig nur drei Viertel der staatlichen Sätze verwilligt. — 11. Für die Bekleidung wird den betr. Angestellten ein Abzug von 200 M. am nichtpensionsberechtigten Gehalt gemacht. Werden in einem Rechnungsjahr die vorgesehenen Kleidungsstücke nicht oder nur teilweise in Natur gewährt, so wird der Betrag von 200 M., oder der entsprechende Teil desselben in bar ausbezahlt. — 12. Schulente, Rats- und Stadtpfleger, sowie der Feldschütz erhalten wie bisher 30 M. Stiefelgeld und 60 M. Lebensversicherungsprämie (zusammen 90 M. nicht pensionsberechtigt) ersetzt. (Den neu anzustellenden Schulenten wird die Lebensversicherungsprämie nicht mehr bezahlt.) — 13. Die seither gewährten Naturalbezüge (Wohnung, Heizung und Beleuchtung) sind neu festzusetzen und in vollem Wertbetrag in Rechnung zu bringen. — 14. Sämtliche Gehaltsvorläufungen laufen vom 1. April 1919 ab. — 15. Pensionsbeiträge und Eintrittsgelder werden nicht auf die Stadtkasse übernommen, sind vielmehr von den Angestellten im persönlichen Betrag selbst zu entrichten. — 16. Die Bezüge der nicht pensionsberechtigten angestellten Hilfskräfte unterliegen einer besonderen Regelung. — 17. Die Gratialempfänger erhalten hierzu eine Teuerungszulage von etwa 40 Prozent ihrer normalen Bezüge.

Die Mehrauslagen für die Stadtkasse betragen 35 000 M. In der eingehenden Beratung wurden die aufgestellten Grundzüge gutgeheißen und sodann die Bezüge jedes einzelnen Beamten festgestellt. — G. R. Staudenmayer teilt sodann mit, daß die Kommission es für angezeigt gehalten habe, auch den Gehalt des Stadtvorstands neu zu regeln. Der pensionsberechtigter Gehalt soll sich im Rahmen von 7300 M. bis 10 000 M. mit 10 zweijährigen Vorrückungsstufen von je 250 M. bewegen. Sämtliche Vorschläge der Kommission wurden einstimmig angenommen. — Die städtischen Beamten haben sich mit der neuen Festsetzung einverstanden erklärt. — Stadtschultheiß Göhner dankt dem Gemeinderat im Namen des städtischen Beamten für die wohlwollende Gesinnung bei der Neuorganisation der Gehälter und drückt seine Freude darüber aus, daß die Anträge keinen Widerstand gefunden, sondern einstimmig angenommen worden seien. — Vorgelegt wird ein Vertrag mit den Siemens-Schuckert-Werken über Vergütung und Instandhaltung der Akkumulatorenbatterie, der allgemein gutgeheißen wird. Infolge der Vergrößerung des Elektrizitätswerks ist der Einbau einer Werkstatte für das Elektrizitätswerk unter der Frauenerwerbsschule notwendig geworden. Die Kosten belaufen sich auf 2800 M. Der Vorschlag wird genehmigt. — Eine Eingabe der Anlieger der Panorama- und Hermannstraße um Durchführung der Panoramastraße wird einstimmig abgelehnt, da die Kosten der Straße sich auf 88 500 M. belaufen würden. Eine derartige große Auslage könne die Stadt gegenwärtig nicht verantworten. — Der Vorsitzende gibt auf eine Anfrage bekannt, daß Aussicht bestehe, daß der Großhändler noch mehr Brennholz zugewiesen werden könne; es sei bereits ein größerer Teil der benötigten Menge im Walde aufbereitet worden; es werde alles geschehen, damit das Holz bald zur Verteilung kommen könne. — G. R. Staudenmayer teilt mit, daß er von hier wegziehe und um Enthebung seines Amtes bitte. — Der Vorsitzende drückt hierauf dem scheidenden Mitglied des Gemeinderats den besten Dank für seine Mitwirkung bei den Beratungen aus. — Nach einem Erlaß des Oberamts wird in Aussicht genommen, daß bei dem geplanten Bezirksmieteinigungsamt die Besitzer aus der Zahl der hiesigen Mieter und Hausbesitzer gewählt werden, wenn Fälle von hier zum Austrag kommen. Der Gemeinderat erklärt sich hiermit einverstanden und verzichtet sodann auf ein besonderes städtisches Mieteinigungsamt.

Calw, 8. August. Mit dem nächsten Viehmarkt am 13. August ist zugleich ein Pferdemarkt verbunden, auf den Verkäufer und Käufer aufmerksam gemacht werden. Es wäre wünschenswert, wenn sich der hiesige Pferdemarkt recht stark entwickeln würde.

Calw, 8. Aug. Am 9. August, abends 7 1/2 Uhr, wird Selene Kausler (Neufingen) im „Hirsch und Lamm“ in Hirsau eine Reihe von Volks- und Kinderliedern singen und dazwischen Klavierstücke spielen. Die Künstlerin ist hier und in der Umgegend sehr gut bekannt. Wir möchten deshalb auf die stattfindende Aufführung empfehlend hinweisen.

Landwirtschaftlicher Hauptverband Württemberg.

(Sitzungsbericht.)

Auf die Eingaben des Ausschusses an das Ernährungsministerium betr. Versorgung mit Druschkohlen, Erhöhung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Abbau der Zwangswirtschaft, Schlachtviehaufbringung und Bereitstellung von Futtermitteln, hat das Ernährungsministerium erwidert, daß es die sachlichen Ratschläge und Anregungen bei der Regelung dieser Fragen soweit möglich berücksichtigen und verwerten werde. — Auf eine Anfrage des Hauptverbandes über die Art und Weise der Ausbringung des an die Entente abzuliefernden Viehes teilt das Ernährungsministerium mit, daß näheres noch nicht bekannt sei. — Ein Antrag des 8., 9. und 10. Gauverbandes betr. Rückgabe einer entsprechenden nach dem Lebendgewicht abgestuften Menge Leder zu einem billigen Vorzugspreise an den Landwirt, der Rinder und Rindvieh abtötet, wird dem Ernährungsministerium befürwortend vorgelegt. — Der Geschäftsführer erstattet Bericht über den Stand der Verbandsgründung. Bis heute sind 49 Bezirksvereine Württembergs dem Hauptverband beigetreten; der Beitritt der Mehrzahl der noch ausstehenden Vereine ist im Gange und wird in den nächsten Wochen erfolgen. Die rückständigen Vereine werden gebeten, nunmehr alsbald die Entscheidung über ihren Beitritt herbeizuführen. Durch den Beitritt der Bezirksvereine und die Gründung und den Ausbau der Ortsvereine, welche im ganzen Lande in Angriff genommen ist, steigt die Mitgliederzahl der Bezirksvereine fortgesetzt ganz erheblich. Der Ausschuss nimmt mit Befriedigung Kenntnis von diesem erfreulichen Stand der Verbandsgründung und dem Erfolg der Neuorganisation. Er beschließt, den Gesamtschau (Vertreter der Bezirksvereine) in Rülbe einzuberufen zur grundlegenden Aussprache über die weitere Verbandsarbeit und zur sachungsgemäßen Wahl des Vorstandes. Da sich nur die große Mehrzahl der Bezirksvereine dem Hauptverbande angeschlossen haben, handelt es sich jetzt um die Ueberleitung der obersten Spitze der Vereine an den Hauptverband, bezw. ihre Ablösung von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, ebenso um die Uebernahme des Landwirtschaftl. Wochenblattes durch den Hauptverband. Dagegehende Schritte wurden alsbald unternommen.

Vormundenschaft.

Dem Landtag ist ein Gesekentwurf gegangen, wonach der Beamte des Jugendamts für diejenigen Minderjährigen, die der Aufsicht des Jugendamts unterstehen (uneheliche oder auf öffentliche Kosten erzogene) die Rechte und Pflichten eines Vormunds (Amtsvormunds) hat. Ihm werden nach Bedarf freiwillig Helfer und Helferinnen beigegeben. Mit Eintritt der Amtsvormundenschaft erlischt das Amt des bisherigen Vormunds. Die Landesbeamten haben die Geburt unehelicher Kinder auch dem

35 000 M. ...
 7500 M. bis ...
 250 M. ...
 7500 M. bis ...
 250 M. ...

Die Zusammenlegung der Landarmenbehörden.
 Nach einem dem Landtag zugegangenen Gesekentwurf soll für die Wahlperiode 1920 bis 1924 in der Zahl der Mitglieder der Landarmenbehörde eine Änderung gegenüber der laufenden Wahlperiode nicht eintreten. Die Zahl dieser Mitglieder bemittelt sich nach der Summe, welche der Umlage des Landarmenverbandes auf die ihm angehörenden Oberamtsbezirke als Grundlage dient, in der Weise, daß in Bezirken mit einer der Umlage zugrunde zu legenden Summe bis zu 150 000 M. jährlich ein einziges Mitglied, in solchen mit höherer Summe aber je für volle 150 000 M., sowie für überschüssende Beträge von mehr als 80 000 M. ein Mitglied zu wählen ist. Die Umlagen haben infolge der durch die Kriegsverhältnisse bedingten außerordentlichen Erhöhung der Gewerbesteuerkapitale eine solche Steigerung erfahren, daß jetzt zu wählen wären: im Redarkreis 80 Mitglieder der Landarmenbehörde gegen bisher 52, im Schwarzwald 36 (26), im Jagstkreis 28 (17), im Donaukreis 53 (30). Diese Zahlen würden zu hoch werden. Abhilfe erscheint angezeigt durch die im Entwurf vorgesehene Bestimmung. Eine endgültige Bemessung der Zahl der Mitglieder wird erst in Angriff genommen werden können, wenn sich die fernere Entwicklung der Steuergesetzgebung übersehen lassen wird.

Unwöhnliches Wetter am Samstag u. Sonntag.
 Die Luftdruckverteilung hat sich kaum verändert. Am Samstag und Sonntag ist unter weiterer Einwirkung der Störungen mehrfach bedecktes und gewittriges, in der Hauptsache aber trodenes Wetter zu erwarten.

(S.W.) Stuttgart, 7. Aug. (Landtag.) Die Eingabe des Bundes verbündeter Krieger bezw. ein Antrag um Steuerzuschlag für die Renten der Kriegshinterbliebenen und Kriegseingesessenen, ferner eine Eingabe der verschiedenen Siedlungsvereine um Steuerfreiheit unentgeltlicher Zuschüsse für gemeinnützige Bautätigkeit, und endlich ein Antrag um Befreiung der Studienleistungen für Bedürftige vom Kriegsnotepter fanden keinen Widerspruch im Hause. Die Gesekentwürfe über die Mitgliederzahl der Landarmenbehörden und über die Einführung einer 2. Beratung bei den Gesekentwürfen wurden unter dem Eindruck der nahen Ferien rasch erledigt und genehmigt. Der Landtag schloß seine Beratungen am 7. Sept. ab. Er beabsichtigt, im September zu einer kurzen Zwischentagung zur Erörterung einiger zurückgestellter Gesekentwürfe (Jugendfürsorge, Berufsvermittlung, Fideikomisse, Vorkaufrecht der Erben an ungebauten Grundstücken) zusammenzutreten. Am Schluß der Tagung warf Präsident Keil einen kurzen Rückblick auf die Ergebnisse der vergangenen halbjährigen Tagung, die reich an Arbeit war, sowohl im Plenum wie in den

...
 Er sprach den Angeordneten den wohlverdienten Dank aus, den der Abg. Schief dem Präsidenten Keil erwiderte.
 (S.W.) Stuttgart, 7. Aug. (Das Zentrum beim Ernährungsminister.) Eine Abordnung der Zentrumsfraktion wurde gestern beim Ernährungsminister Baumann vorstellig, um in den Fragen der Schlachtvieh- und Schweineaufzucht, des Rindviehhandels und der Maßschneide Erleichterungen für die Landwirtschaft und für die Volksernährung anzuregen. Die Aufnahme der vorgebrachten Wünsche vor Seiten des Ernährungsministers läßt eine baldige Erfüllung dieser Wünsche erhoffen.

Freudenstadt, 7. Aug. (Nachmahlung.) Um eine Verbesserung ihres Brotes zu erzielen, haben verschiedene Familien ihr Brotmehl nachmahlen lassen, was aber ohne Genehmigung nicht erlaubt ist und der Beschlagnahme verfallen müßte. Angesichts der Tatsache, daß es aber Familien gibt, die sich durch Herainsparung eine Mehlereserve angeeignet haben, wieder andere lieber etwas weniger, aber dafür besseres Brot wünschen, konnte der Betrat des Reichsamt nicht umhin, wenn auch gewichtige Bedenken dagegen sprachen und auch keine gesetzliche Grundlage dafür vorhanden ist, zu beschließen, gegen einen vom Reichamt auszustellenden Erlaubnischein zu gestatten, Brotmehl bis 20. August nachmahlen zu lassen. Bemerkenswert wird, daß auf Maßschneide nach wie vor nur Frucht gemahlen werden darf.

(S.W.) Mosingen, 7. Aug. (Gegen die Mäuseplage.) Die Gemeinde Deizau hat die Einwohnerchaft zur Abwehr der Mäuseplage aufgefordert und für jede abgelieferte Maus eine Entschädigung von 4 Pf. versprochen.

(S.W.) Ravensburg, 7. Aug. (Mitsammlung.) Die zweite Amtsversammlung dieses Jahres beschäftigte sich mit der Kraftwagenverbindung Ravensburg-Wilhelmsdorf. Es wurde beschlossen, von weiteren Verhandlungen über die Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Abstand zu nehmen, die vorgesehene Straßenverbesserungen nicht auszuführen, dagegen sich mit einem Beitrag von 10 000 M. am Privatautoverkehr zu beteiligen und sich mit der Verpflichtung der Uebernahme der Instandhaltung des Straßenkörpers einverstanden zu erklären. Beschlossen wurde ferner die Beschaffung einer Automobilsfeuerpritze. Der Voranschlag der Oberamtspflege weist 112 000 M. Einnahmen und 372 000 M. Ausgaben, mithin eine Unzulänglichkeit von 260 000 M. auf. Regierungsrat Stiefenhofer gab ferner die Leistungen der Amtskörperschaft auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge bekannt. Danach beträgt die Unterstützungsschuld 2 370 000 M.; bezahlt wurden an Unterstellungen 2 534 000 M., für Erwerbslosenfürsorge 22 867 M., für Kriegshilfe 10 980 M., für Möbelbeschaffung 1180 M. Die gesamte Unterstützungsschuld betrug 4 203 184 M., wovon 98 728 M. anderweitige, 1 325 000 M. vom Reich, 295 577 M. vom Ministerium des Inneren erlegt wurden, so daß der Amtskörperschaft eine Kriegsschuld von 2 484 634 M. verbleibt.

Literarisches.
 * Sieben Schwaben als Schwarzwälder Dialektdichter. Den Bewohnern und Besuchern des Schwarzwaldes dargeboten von August Holder. Verlag von Oskar Raupert in Freudenstadt. Die volksmundartliche Dichtung auf dem Württ. Schwarzwald ist eine jugendliche Erscheinung. Sie reicht nicht weit zurück

in der Zeit und ist auch nicht besonders mannigfaltig in ihrem Inhalt, aber sie hat den Vorzug der Bodenständigkeit und ist ein ausgeprochenes Stück Heimatkunst. Der Verfasser August Holder (Ehrenburggäß in Liebenzell) bringt in vorliegendem Schriftchen eine innerlich zusammenhängende Schwarzwälder Mundartdichtung in wirksamer Weise zur Geltendmachung. Die Namen der sieben Schwaben sind: Gustav Eysch (Freudenstadt); Ludwig Müller (Altensteig); Anna Schwäble (Wilsberg); L. Schwarz (Söfen); Otto Gittinger in Baiersbrunn (jetzt in Gmünd); G. Hummel (Gaugenwald) u. K. Schenckler (Altdorf). Letzterer findet S. 54 bis 62 eingehende Würdigung als glücklicher Vertreter einer wälderischen Heimatkunst, welche die Eigenart des anstößigen Menschenschlags durch die Mittel der Mundart in getreuer Weise widerpiegelt. Gelegenheitlich kommt der Verfasser auch noch auf einen selbst gemachten Meister der Kunst des Zeichnens: Johannes Luz in Hirsau, aufs wärmste zu sprechen. (Die Zeichnungen von Luz sind rühmlichst bekannt und werden von Einheimischen und Touristen sehr gern gekauft.) Das Büchlein ist ein ansprechender Beitrag zur schwäbischen Volkskunde auf dem Schwarzwald und wird gewiß viele Leser durch den ausgezeichneten Humor, durch lustige Schalkheit und durch tiefes Verständnis der Schwarzwälder Mundart sehr erfreuen. Es kann daher aufs wärmste empfohlen werden. Das hochinteressante Büchlein ist dem Württ. Schwarzwaldverein gewidmet.

Zu Josef Kohlers am 3. August erfolgten Tode teilt uns die Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Koehlich in Berlin noch mit, daß sie Kohlers längst vergriffenes, fast klassisch gewordenes Werk „Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz“ noch im Laufe dieses Monats als des Meisters Vermächtnis, mit seinem Bilde geschmückt, in neuer Auflage herausbringen wird.

Kirchliche Nachrichten.
Evangelische Gottesdienste.
 Sonntag den 10. August (8. Sonnt. n. Dreieinigkei): Rom Turm: 8 Uhr: Frühgottesdienst, Dekan Zeller. 9 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst, Predigt: 336, „Ich stehe in meines Herren Hand“, Dekan Zeller. — 1 Uhr: Christenlehre für die Schüler der älteren Abteilung. — Montag: morgens 7 Uhr: Erntedankfest. — Die Feststunde am Donnerstag fällt aus.
Katholische Gottesdienste.
 Sonntag den 10. August: 8 Uhr: Frühmesse mit Homilie. 10 1/2 Uhr: Predigt und Amt. 12 Uhr nachm.: Christenlehre. 2 Uhr: Andacht. — Montag, 9 Uhr: Gottesdienst in Bad Teinach. — Freitag (Fest Mariä Himmelfahrt): 8 Uhr: Frühmesse. 10 1/2 Uhr: Kräuterweihe, Predigt und Hochamt.
Gottesdienste in der Methodistenkapelle.
 Sonntag: morgens 9 1/2 Uhr, abends 8 Uhr: Predigt, morgens 11 Uhr Sonntagschule. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Gebetsstunde.
 Für die Schriftleitung verantwortlich i. B.:
 Druck und Verlag der A. Böhmlager'schen Buchdruckerei, Calw.
 Oberprüfer B a e u c h e, Calw.

Städtische Lebensmittelversorgung Calw.
 In den Geschäften Consum-Verein, Lamparter, Pfannkuch & Cie., Frau Otto Stikel Wwe., Bincon können auf Lebensmittelkarte Nr. 151 120 Gramm Runkelrübensaft gekauft werden. Preis Mk. 5.— das Pfund.
 Es kann bestellt werden bis Dienstag 12. ds. auf Nr. 152 Reis, auf Nr. 153 Käse.
 Die Kleinhändler haben die Bestellmarken am 10. ds. auf dem Rathaus abzuliefern.
 Am Samstag, den 9. August 1919 vormittags von 8 bis 10 Uhr wird auf der Freibank an die Buchstaben G H und I Rindfleisch ausgehauen, das Pfund zu 1,60 Mk. Lebensmittelbücher sind mitzubringen.

D. H. V.
 = Zahlstelle Calw. =
 Montag abend 7 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 im Lokal. Die Wichtigkeit erfordert vollständiges Erscheinen. Die Ortsverwaltung, S. A.: F. Bischoff.
 Frisch gebrannten Kaffee empfiehlt C. Serva.
 Einen gut erhaltenen Kinderwagen mit Gummibereifung, hat zu verkaufen Chr. Walter, Sirlau.

Auf 1. Oktober oder später ist eine schöne, sonnige
Wohnung
 mit Glas-Veranda, 4 Zimmern, 2 Kammern, zu vermieten. Wasserleitung, elektr. Licht im Hause, großer Garten, erhöhte Lage, schöne Aussicht.
 Nähere Auskunft erteilt Adolf Köpfer, Hirsau-Ernstsmühl.
 In Calw oder nähere Umgebung (Bahnhofstation) wird
2-3 Zimmer-Wohnung
 zu mieten gesucht. Angebote unter J. K. an die Geschäftsstelle des Blattes.
 Interessante Bücher. Verzeichnisse gratis und franko. Antiquaria München 2370.

Oberamt Nagold.
Marktgenehmigungs-Gesuch.
 Die Stadtgemeinde Altensteig sucht um die Erlaubnis zur Abhaltung von je
4 Pferdewärkten
 in Verbindung mit den Jahrmärkten für die Jahre 1919, 1920 und 1921 und zwar am Dienstag vor dem Palmsonntag, am Donnerstag nach dem Pfingstfest, am zweiten Dienstag im September und am Dienstag vor dem ersten Adventsonntag nach. Einwendungen gegen das Gesuch sind innerhalb 14 Tagen hier anzubringen.
 Den 6. August 1919.
 Oberamt: W r z.

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche ich zur Hilfe ein anderes
Mädchen
 auf 2-3 Wochen, welches zu Hause schlafen kann.
 S. Dierlamm, unt. Marktstraße.
 Braves, fleißiges
Mädchen
 für sofort gesucht.
 Kaffee Wüst, Hirsau.
 Jüngerer, braves
Mädchen
 in kleine Familie nach Ludwigsburg gesucht.
 Näheres zu erfragen bei Frau Kagenmeier, Bad Liebenzell, Wilhelmstr. 125.

Christliches, jüngeres
Mädchen
 wird in kleinen Haushalt bei guter Bezahlung für sofort gesucht. Nebenbei ist Gelegenheit geboten das Sicken zu erlernen.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.
 Wegen Verheiratung meines seitherigen Mädchens suche ich zum baldigen Eintritt ein
Mädchen,
 das schon gedient hat.
 Frau Moser, Pforzheim, Ferrennerstr. 13.
 Unterhaugstett.
 Ein jüngerer
Knecht
 für Landwirtschaft, kann sofort eintreten.
 Fr. Bäuerle.

Stuttgart.
 Fleiß., ehrliches 16-18jähriges
Mädchen
 als Stütze der Hausfrau sofort oder 1. Sept. gesucht. Gute Behandlung und Familienanschluß. Näheres
 Fr. Eitel, Stöckachstr. 36f.

Frau
 zum Nähen und Flicken gesucht.
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Ein Lehrling
 wird sofort oder später in gute Lehrstelle angenommen bei
 Bäckermeister Fr. Pfäffe, Pforzheim, unt. Rodstr. 4.

Zwerenberg.
 Habe 3 Stück 5 Wochen alte reinrassige
Dachshündinnen
 2 gelbe, 1 schwarze mit gelben Abzeichen, zu verkaufen. Eltern gute Jäger. Bei Anfragen Rückmarke erbeten, ebenso ein halbjähriges
 Zuht:
Rind.
 Salmon Groß.

Alzenberg.
 Ein schönes, weibliches
 Zucht
Kalb
 von guter Ruzküh abtammend legt dem Verkauf aus
 Schultheiß Rothacker.

Stammheim.
 Eine gute
Milchziege
 hat zu verkaufen
 Joseph Furtzmüller, Maurer.

Oberkollbach.
 Sieben Stück bereits ausgewachsene
Enten
 hat zu verkaufen
 Michael Hammann.

Verkaufe meine raffeneine 8 Monate alte
Forterrier-Hündin.
 Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Brennholz
 kann gejägt werden.
 Adolf Raich.

Maifensbach, 7. August 1919.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber, unvergesslicher Mann, unser lieber Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn

Michael Keller

im Alter von 89 Jahren nach langer, schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
die Gattin Katharine Keller,
geb. Rothacker, mit ihren Kindern
Otto und Fritz.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

Unsere Mitglieder werden ersucht, die Oktober-Marken für Seifen und Seifenpulver sofort bei uns gegen Gutscheine abzugeben, um rechtzeitig dafür

Kern- und Feinseife
sowie Seifenpulver besserer Qualität liefern zu können.
Spar- und Consumverein.

Himbeeren

kauft jedes Quantum

Christian Rüenzlen,

Fruchtsaft- u. Marmeladen-Fabrik mit Dampftrieb
Sulzbach a. d. Murr.

Sandwirte!

Durch das große Lager in
**Maschinen, Geräten und
Ersatzteilen,**

ferner durch die
**neuzeitlich eingerichtete
Werkstatt**

bietet die Firma
Max Zuber, Weilerhald,
dem Sandwirte die größten Vorteile.
Telefon 41.

Verzinktes Drahtgeflecht

sowie Siebe für alle Zwecke empfiehlt
G. Wackenhuth, Biergasse.

Toppen
mit Seiten- u. Brusttaschen
Arbeitsanzüge
Unterhosen
Socken
Herrenhemden
Damenhemden
Cretonne
Mousetine
Cattune
Nähfaden u. s. w.
empfiehlt billigst
Spar- u. Consumverein.



Samstag, den 9. August 1919, abds. 7 1/2 Uhr
im „Hirsch und Lamm“ Hirsau

Lieder- und Klavier-Vorträge

für Alt und Jung
(Volks- u. Kinderlieder) von

Helene Kausler, Reutlingen

Erwachsene Mark 2.—, Kinder Mark 1.—.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Dienstag, den 12. August ds. Js. stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. Hirsch in Würzbach freundlichst einzuladen.

Joh. Georg Dehlschlager,
Sohn des Johann Dehlschlager, Gemeindepfleger
in Schömberg.

Eva Maria Burkhardt,
Tochter des Joh. Georg Burkhardt, Bauer in
Würzbach.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Alfred Pfeiffer

Baumaterialienhandlung
empfiehlt
Steinzeugbodenplatten
glatte und gerippte
Wandplatten
Zementgehwegplatten
4 1/2 cm stark
für Trottoir und Stallungen
Wassersteingarnituren
Zementrohren
Steinzeugrohren
Dachpappe, Ia. Qualität
Rosett- u. Abortschüsselfen
feuerfeste Plättchen
für Herde und Ofen
Schlackensteine
Rheinsand usw.

Transportable
Hausbacköfen
Herde

mit Backeinrichtung,
Fleischräucher
mit u. ohne Einrichtung zum
Abköcheln, sämtliche
Milchwirtschaftliche
Maschinen und Geräte,

Güllerpumpen,
sämtliche
Maschinen-Dele
(Kannen einsenden)
empfiehlt

Johs. Werner, Nagold.

Haararbeiten

werden rasch und solid
angefertigt bei
W. Mitschke,
Friseurgeschäft.

Fässer-Verkauf.

Samstag, den 9. August,
mittags 1 Uhr, verkauft eine
Partie neue

Fässer
und ein
Güllensaß

mit Hähnen. Zugleich em-
pfehle mein Lager in
Rübel, Waschkübel
und Sabirichter.

J. Schneider,
Rüfer und Rübler.

Eine starke Fußwinde

wird zu kaufen gesucht.

Gest. Angebote mit Preis-
angabe unter N. W. 5 an die
Geschäftsstelle des Blattes.

Himbeeren

sowie

Kirschen

kauft jedes Quantum
Röhm-Dalcolmo.

Pianinos

Einige vorzüglich erhaltene
in schwarz, nußb. u. eichen,
Friedensware, abzugeb.:
G. L. Nagel, Heilbronn,
Fernsprecher 178.

Zimmerer-Versammlung.

Sonntag, den 10. August nach-
mittags 4 Uhr im bad. Hof in Calw
(Referent: Gauseiter Deuger, Stuttgart).

Sämtliche in Calw und Umgebung wohnenden Kameraden
sind freundl. eingeladen.

Der Einberufer.

Saalbau „Bad. Hof“.

Samstag, 9. August

Vorstellung nachm. 4 1/2 Uhr und abends 8 Uhr

Einmaliges Gastspiel

des weltberühmten

Zauberers

und

Illusionisten

Dir. Willy

UFERINI

mit seinen geheimnisvollen

Künsten moderner Wunder.

Nur erstklassige Darbietungen.

Preise der Plätze:
Res. Platz 3.— M., I. Platz 2.— M., II. Platz 1.50 M.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang abends 8 Uhr.
Vorverkauf nur am Tage der Vorstellung im „Bad. Hof“.
Während der Vorstellung Konzert.



Portemonnaie

von der Fahrwirtschaft Leinach
bis Kollwanger Sägmühle

verloren.

Der redliche Finder wird ge-
beten, dasselbe gegen Finder-
lohn im „Fas“ in Leinach
abzugeben.

Verloren

ging am Dienstag abend eine

Herren-

Armband-Uhr

auf dem Wege von Calw nach
Javelstein.

Gegen gute Belohnung ab-
zugeben in der Geschäftsstelle
des Blattes.

Gegenüber dem Tanneneck
ging eine

Herrenuhr

verloren.

Der ehrliche Finder wird ge-
beten, dasselbe gegen Belohnung
abzugeben. Bei wem sagt die
Geschäftsstelle des Blattes.

Neuer

Militärmantel

(Einheitsmantele)
zu verkaufen bei
Sedelmaier, Schneidermstr.
Leberstr. 168.

Hochzeits-Anzug.

Ein getragener, noch sehr gut-
erhaltener

Hochzeits-Anzug

mittlerer Größe, sowie 1.80 Met.
schwarz Tuch
billig zu verkaufen.
Friedr. Schmidt, Schneider-
meister, Bad Liebenzell.

Heirats-Gesuch.

Witwer, 34 Jahre alt, evg.,
mit 2 Kindern v. 8 u. 10 Jahren,
Werkmeister einer größeren Fa-
brik Pforzheims, wünscht mit
anständigem Fräulein od. Witw.
ohne Kind zwecks spät. Heirat
in Verbindung zu treten. Ver-
schwiegenheit zugesichert. An-
gebote, mögl. mit Bild, unter
Nr. 78 an das Komor des
Blattes erbeten.

Alle guteingeführte deutsche

Feuer-

Versicherungs-

Gesellschaft vergibt ihre

Hauptagentur.

Höchste Provisionsätze:
Herrn aller Stände ist Gelegen-
heit zu dauerndem lohnenden
Nebenverdienst geboten.

Angeb. pp. an die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Ein neuer

Klappsportwagen

Friedensware, sowie mehrere
gebrauchte und neue

Fahrräder

mit Neu-Gummi, verkauft
Friedr. Holzäpfel
Fahrräder und Nähmaschinen-
Handlung, Liebenzell.

Kinderstühlchen

zu kaufen gesucht.
Angebote unter G. R. 25
an die Gesch. Poststelle des Bl.